

RAYMOND POIDEVIN

DER FAKTOR EUROPA IN DER DEUTSCHLAND-
POLITIK ROBERT SCHUMANS
(Sommer 1948 bis Frühjahr 1949)

Nach einem Eingeständnis Robert Schumans bedeutet der Sommer 1948 für die französische Politik einen Wendepunkt¹. Bis dahin verfolgte Frankreich, dem es vor allem darum ging, Deutschland gegenüber endgültig sicher zu sein, eine Politik der harten Hand, die zuvörderst darauf abzielte, das Rheinland vom übrigen Deutschland abzutrennen und die Ruhr der Kontrolle einer internationalen Behörde zu unterstellen². Sein erstes Ziel mußte Frankreich ziemlich schnell fallenlassen, aber die Instruktionen, welche die französischen Verhandlungsführer am Vorabend der Londoner Konferenz vom Februar 1948 erhielten, beweisen, daß Frankreich weiterhin entschlossen war, einige für wesentlich erachtete Punkte zu verteidigen: die „internationale Kontrolle der Ruhr, den deutschen Föderalismus und einen Vertrag mit Garantien“³. Die Empfehlungen der Londoner Konferenz an die drei westlichen Besatzungsmächte (4. Juni 1948) zeigen, daß Georges Bidault, der französische Außenminister, seine Politik der harten Hand hatte aufgeben müssen, die er seit der Befreiung Frankreichs verteidigt hatte. Aber die Kehrtwendung, die damit einsetzt, ruft in Frankreich lebhaftere Reaktionen hervor. Mehrere seiner Kollegen im Kabinett kritisieren Bidault heftig⁴. Vincent Auriol, der französische Staatspräsident, und Ministerpräsident Robert Schuman verbergen ihre Enttäuschung nicht⁵. Als die Londoner Empfehlungen der Nationalversammlung zur Ratifikation vorgelegt werden, kommt es zu bewegten Debatten; die Abstimmung am Ende ist knapp⁶. Selbst der Direktor für politische Angelegenheiten im Quai d'Orsay, Maurice Couve de Murville, mißbilligt das Abkommen⁷. Robert Schuman, der infolge einer Kabinettskrise den Premierministersessel räumt und vom Palais Matignon ins Quai d'Orsay überwechselt, tritt also ein schwieriges Erbe an. Welche Rolle spielt zwischen Sommer 1948 und dem Frühjahr 1949 der

¹ Bericht über die internationale Politik, den er dem Nationalkomitee des Mouvement Républicain Populaire (MRP) am 26. März 1950 vorlegte. Nachdem man Schuman daran erinnert hatte, daß G. Bidault in der Deutschlandpolitik eine Wende begonnen hatte, machte Schuman klar, daß das Übereinkommen von London diese Wende zuerst vollzogen hatte.

² Vgl. R. Poidevin, Frankreich und die deutsche Frage 1943–1949, in: Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von J. Becker u. A. Hillgruber, München 1983, S. 405–420.

³ H. Alphand, L'étonnement d'être, Journal 1939–1973, Paris 1977, S. 205.

⁴ G. Elgey, La République des illusions 1945–1951, Paris 1965, S. 387. Das waren vor allem René Mayer, Jules Moch und Pierre Pflimlin.

⁵ Ebenda, S. 386, 387.

⁶ Die Ratifikation wurde mit 300 gegen 286 Stimmen vollzogen (es handelt sich um einen verbesserten Text).

⁷ G. Elgey, S. 385.

Faktor Europa in dieser neuen Deutschlandpolitik, die Schuman zusammen mit einigen Mitarbeitern zu bestimmen und anzuwenden versucht⁸?

Zunächst ist die Feststellung angebracht, daß die französischen Vertreter in Deutschland sowie die Leitung der Europa-Abteilung im Quai d'Orsay ihre Bemühungen für rundum gescheitert hielten. Die beiden wichtigsten Vertreter Frankreichs, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin, politischer Berater General Koenigs, und François Seydoux de Clausonne, ein hoher Beamter, der dem Allgemeinen Kommissariat für die Angelegenheiten Deutschlands und Österreichs in Berlin zugeteilt ist, halten es für notwendig, Robert Schuman darauf hinzuweisen und ihm die „ungemein traurigen“ Perspektiven der Bilanz vorzulegen⁹. Wenn sie sich auch an der Teilung Deutschlands – diese ein Produkt des Krieges – weiden, fürchten sie doch, daß der westliche Teil Deutschlands sich nicht auf einer weitgehend föderativen Grundlage zusammenschließen wird, einer Grundlage, „die es uns gestattet hätte, ohne allzu große Bedenken unsererseits, es in Westeuropa aufzunehmen“. Man darf sich in dieser Hinsicht keine „großen Illusionen machen“, denn die künftige Verfassung Deutschlands „wird offensichtlich nicht von der Art sein, daß sie uns zufriedenstellt“. Die Anhänger des Föderalismus in Deutschland, die von Frankreich unterstützt werden, haben um so weniger Aussichten, als man sie „für Handlanger des Auslands“ hält. Die beiden Vertreter glaubten kaum mehr an die Errichtung einer internationalen Kontrollbehörde über die Ruhr, die ihre Aufgabe wirkungsvoll erfüllen könnte; sie haben „kaum noch Illusionen, daß es gelingt, Deutschland festzuhalten, indem man die Ruhr festhält, was jedoch der Schlüssel des deutschen Problems wäre“. Diese Schwarzseherei ist gerechtfertigt, da einige Tage später, am 10. November 1948, Washington und London die Gefahr, die Paris droht, gänzlich ignorieren, indem sie mit dem Erlaß Nr. 75 die Leitung und Geschäftsführung der Bergwerke und Fabriken provisorisch den Deutschen anvertrauen und die Entscheidung über die Eigentumsfrage letztendlich einer repräsentativen, frei gewählten deutschen Regierung überlassen¹⁰. Der Aufschrei, den diese Maßnahme in Frankreich auslöst, ändert im Grunde nichts¹¹. Robert Schuman ist sich des Risikos voll und ganz bewußt. Vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung legt er am 24. November dar, daß eine deutsche Regierung sich für eine Vergesellschaftung aussprechen könnte, was zu „einer Neuauflage dieser wirtschaftlichen und industriellen Konzentration

⁸ Diese Mitteilung beruht im wesentlichen auf Dokumenten im Archiv des französischen Außenministeriums (künftig zit.: AE), Z. Europe 1944–1949, Généralités, Bd. 10 bis 14, und Allemagne, Bd. 39 bis 43 und 82 bis 84.

⁹ Tarbé de Saint-Hardouin an Robert Schuman, Bonn 21. 11. 1948, AE, Z. Europe 1944–1949, Allemagne, Bd. 83. In einem Brief an Jean Chauvel, Generalsekretär im Quai d'Orsay (22. 11. 1948), präzisiert Tarbé de Saint-Hardouin, daß es sich um einen Gedanken von ihnen beiden handelt. Seydoux hat darüber mit Chauvel und mit Maurice Couve de Murville gesprochen; der Brief wird an das Ministerium gesandt, bevor General Koenig darüber unterrichtet wird.

¹⁰ Vgl. R. Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: HZ, 229 (1979), S. 317–334.

¹¹ Ebenda, ferner R. Poidevin, Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948–1949, in: Kalter Krieg und Deutsche Frage 1945–1952, Göttingen und Zürich 1985.

(führen könnte), und genau die möchte man verhindern“. Indessen treffen die alliierten Militärgouverneure der Bizone eine Entscheidung bezüglich des internationalen Eigentums – und ihre Entscheidung steht in diametralem Gegensatz zu der französischen Vorstellung, die das französische Parlament bestätigte, als es die Londoner Empfehlungen ratifizierte¹². Es gelingt Frankreich zwar, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Briten und Amerikanern auszunützen und von der Dreierkonferenz (20. November 1948) die Zusage zu erhalten, daß die Eigentumsfrage erst dann entschieden werden soll, wenn der Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben wird¹³. Auch wird Frankreich konzedierte, daß es bei der Betriebsführung der Unternehmen ein Wort mitzureden hat. Die Errichtung der internationalen Ruhrbehörde, deren Aufgabe es ist, Kohle, Koks und Stahl zu verteilen und die Gründung einer militärischen Sicherheitsbehörde, die darüber wacht, daß Deutschland entmilitarisiert bleibt, vermag aber nur begrenzt zufriedenzustellen.

Auch bezüglich der Reparationen kommt es zum Scheitern. Die Deutschen bekämpfen die Demontagepolitik energisch, und die Briten und Amerikaner machen es nicht anders. Diese Politik ist überholt, ärgerlich, ja nachteilig – sie kehrt sich gegen Frankreich, denn das gelieferte Material ist veraltet oder unbrauchbar, und die Deutschen ersetzen es bei sich durch moderne Anlagen¹⁴. Robert Schuman scheint persönlich davon überzeugt zu sein, daß diese Politik zu nichts führt. Den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sagt er, diese Politik müsse „mit Vernunft“ gemacht werden, und daß Demontagen zu vermeiden seien, die einfach auf Zerstörung hinausliefen¹⁵.

Damit sind die französischen Vorstellungen am Ende. Die Ideen der Anglo-Amerikaner laufen in allen Punkten den Vorstellungen zuwider, für die sich Paris einsetzt; und Deutschland erlebt unter amerikanischer Leitung einen schnellen Wiederaufbau. In der Leitung der Europaabteilung des Quai d'Orsay ist man überzeugt, daß man endlich etwas machen müsse, um „die Flut einzudämmen, die alles wegzureißen droht“¹⁶. Welche Vorschläge macht die Abteilung damals? In welchem Maße rechnen Robert Schuman und die Leitung dieser Abteilung seines Ministeriums mit einem europäischen Hebel, mit dem man das deutsche Problem lösen könnte?

Mitte Juli 1948 zeigt eine erste Notiz aus dem Quai d'Orsay deutlich, daß Frankreich „die Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Nationen als gleichberechtigten Partner“ erlauben muß¹⁷. Für Paris geht es damals darum, „zu versuchen, das französisch-deutsche Problem in einer neuen Perspektive zu sehen und die Grundlagen zu legen für eine wirtschaftliche und politische Vereini-

¹² AE, Leitung Europaabteilung (klassifiziert unter 24. 11. 1948, aber die Note scheint vom 21. 10. 1948 zu datieren); AE, Z. Europe, Allemagne, Bd. 40.

¹³ Wie Anm. 10.

¹⁴ Leitung Europaabteilung, 30. 11. 1948, AE, Z. Europe, Allemagne, Bd. 8. Diese Note wird erläutert von Gary, einem Mitarbeiter Jacques Camille, Paris.

¹⁵ Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung, 13. 10. 1948.

¹⁶ Wie Anm. 12.

¹⁷ AE, 14. 7. 1948, Allemagne, Bd. 83.

gung zwischen Frankreich und Deutschland, die sich nach einer geraumen Reifungsphase in den Rahmen der westlichen Gemeinschaft eingliedern wird¹⁸. Der langsame Beginn dieses Prozesses, der zur Gründung des Europarates führen wird, gibt der französischen Diplomatie Gelegenheit, „die wichtige Rolle zu unterstreichen, die in dieser Angelegenheit dem Willen zukommt, Lösungen zu finden für die deutsche Frage“¹⁹. Für die Franzosen ist „die europäische Einigung die einzige Formel, die imstande ist, eine Vielzahl europäischer Probleme zu lösen, namentlich das deutsche Problem“, erläutert eine Note vom 22. Oktober 1948²⁰. Kurz darauf erinnert eine längere Aufzeichnung der Leitung der Europaabteilung daran: „Eines der wichtigsten Ziele der westlichen Union ist die Aufnahme Deutschlands in diese Nationengemeinschaft.“ Dieses Ziel läßt sich nicht klarer bestimmen: „Wenn man vermeiden will, daß Deutschland wieder einen unabhängigen Kurs einschlägt, der letzten Endes der Sicherheit des Kontinents schadet, dann ist es wichtig, dieses Land fest einzubinden in die Gruppe, die gerade im Entstehen begriffen ist.“²¹ Pierre de Leusse, der Leiter der Unterabteilung Mitteleuropa im französischen Außenministerium, unterstreicht jene Notwendigkeit in mehreren Memoranden: „Der Zusammenschluß Westeuropas wird für die deutschen Ambitionen eine wichtige Ablenkung sein“²², und er empfiehlt, diesen Gedanken noch weiter ausspinnend, mit der Politik von vorgestern, die zum Scheitern verurteilt sei, zu brechen, und „zu versuchen, uns mit unserem alten Feind durch vertragliche Bande zusammenzuschließen, die uns zwar ebenso sehr binden wie ihn, die uns aber wenigstens Gewähr bieten, daß wir gemeinsame Interessen haben“²³. Schritt für Schritt „gelangte die französische Regierung zu der Überzeugung, daß sie die Garantien, die sie suchte, nur bekommen könne in einer Art Einbindung Deutschlands in eine größere Organisation, nämlich in die europäische“²⁴. Frankreich meint, es könne sich – indem es Deutschland auf diese Weise einbezieht – „die Sicherheitsgarantien beschaffen, die es sucht“, denn „ein Deutschland, das durch vertragliche Bande eingebunden ist in ein Europa, welches seine Interessen schützt, wird nicht in Versuchung geführt, sich auf ein Abenteuer einzulassen“²⁵.

Deutschland in den europäischen Rahmen einzubinden, bedeutet in den Augen der französischen Diplomaten auch, ihm zu helfen, seine Vergangenheit zu vergessen, ihm eine Hoffnung zu geben, die ihm helfen kann, ein Wiederaufflackern seines Nationalismus zu bekämpfen. Frankreich beunruhigt das schnelle Wiederaufleben des Nationalismus in der deutschen Jugend, was Robert Schuman zu der Betrachtung veranlaßt, es sei wesentlich, „der politischen Phantasie der Deutschen ein Kontinen-

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. den Artikel von M. T. Bitsch, *Le rôle de la France dans la naissance du Conseil d'Europe*.

²⁰ AE, Leitung Europaabteilung, 22. 10. 1948, *Généralités*, Bd. 11.

²¹ AE, Leitung Europaabteilung, 23. 10. 1948, *Généralités*, Bd. 11.

²² AE, klassifiziert 24. 11. 1948, *Allemagne*, Bd. 40.

²³ AE, Leitung Europaabteilung, 13. 12. 1948, *Allemagne*, Bd. 40.

²⁴ AE, Leitung Europaabteilung, 4. 1. 1949, *Allemagne*, Bd. 41.

²⁵ Ebenda.

talsystem anzubieten, in dem Deutschland seinen Teil und seine Funktion hat²⁶. Er legt noch deutlicher die Auffassung der französischen Regierung dar, daß „der deutsche Nationalismus sich ausschließlich um die Wiederherstellung der deutschen Einheit kristallisieren und Deutschland die Schaukelpolitik zwischen Ost und West wieder aufnehmen wird“, wenn die Westmächte es nicht zuwege bringen, der künftigen deutschen Regierung „nicht nur eine Hoffnung, sondern den Anfang einer europäischen Wirklichkeit anzubieten“²⁷.

Von der Notwendigkeit überzeugt, sich des Faktors Europa bedienen zu müssen, um das deutsche Problem zu bewältigen, können Robert Schuman, die Leitung der Europaabteilung und die französischen Repräsentanten in Deutschland die Strömung ausnützen, die sich in Deutschland entwickelt und die Europa günstig gestimmt ist. Die französische Diplomatie schenkt den Erscheinungen dieser Strömung ihr ganzes Augenmerk. Schon im Juni 1948 erklären die deutschen Mitglieder des Konsultativkomitees der britischen Zone einem französischen Vertreter, daß die Idee einer europäischen Einigung bei der großen Mehrzahl der Deutschen ein sehr günstiges Echo finde²⁸. Sie bedauerten, daß die Alliierten diesen Gedanken nicht häufiger und klarer zur Sprache gebracht hätten und daß ihn das Abschlußkommuniqué der Londoner Konferenz überhaupt nicht erwähne. In der französischen Zone stellt man den Erfolg heraus, den der Kongreß der Europa-Union in Freiburg im Breisgau gefunden hat – ein Kongreß, auf dem besonders André François-Poncet zur Geltung kam²⁹. Der Erfolg führe erneut vor Augen, wie groß das Interesse der Deutschen an der Idee einer europäischen Konföderation sei. Eine Umfrage, welche die französische Militärregierung in ihrer Besatzungszone veranstaltet, zeigt übrigens, daß 77% der befragten Deutschen sich bereit erklären, auf jedweden engstirnigen Nationalismus zu verzichten und sich hinter die Idee der europäischen Einheit zu stellen; 88% von ihnen erklären sich bereit, dem Eintritt Deutschlands in die Vereinigten Staaten von Europa zuzustimmen, vorausgesetzt natürlich, das deutsche Volk genieße die gleichen Rechte³⁰. Selbstverständlich fragt man sich auf französischer Seite, was wohl die Gründe für diese Begeisterung sind. Es wird eingeräumt, daß für Deutschland eine europäische Zukunft verlockend sei. Politisch und moralisch für unmündig erklärt, hat Deutschland von einer europäischen Einigung alles zu gewinnen; da es nicht alle Souveränitätsrechte genießt, fällt es ihm um so leichter, ohne Umschweife darauf zu verzichten. Klar ist auch, daß es bald eine Erleichterung seiner Reparationslasten und vor allem gleiche Rechte erhoffen darf. Jacques Tarbé de Saint-Hardouin meint, daß „für viele Deutsche die europäische Idee nur ein Notbehelf ist und sogar die eifrigsten Verfechter dieser Idee Hintergedanken haben“³¹. Selbst wenn einige von ihnen ehrlich sind,

²⁶ Robert Schuman an Botschaft London (Massigli), 7. 10. 1948, AE, Généralités, Bd. 10.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Tarbé de Saint-Hardouin an Bidault, 11. 6. 1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

²⁹ Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 15. 10. 1948, AE, Généralités, Bd. 11.

³⁰ Die Ergebnisse der Umfrage wurden am 4. 11. 1948 dem Außenministerium übermittelt, AE, Généralités, Bd. 11.

³¹ Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 19. 10. 1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

meint er, stellt „Europa für viele Deutsche eine Vision dar, die ebenso anziehend ist wie ein neues Reich, wenn nicht noch mehr. Das ist für sie, außer dem Zurück zum Nationalismus, der einzige mögliche Weg“³².

Verrät dieser Mangel an Illusionen, den Frankreich bei der Analyse deutscher Empfindungen zeigt, vielleicht sogar Mißtrauen? Der politische Berater General Koenigs verzeichnet zwar befriedigt das sehr freundliche Echo, welches die französische Entscheidung, die westlichen Staaten zu einer Vorbereitungskonferenz über die künftige Organisation Europas einzuladen, in Deutschland findet; er versäumt es aber auch nicht, daran zu erinnern, daß Frankreich mit Beunruhigung feststellt, daß „der Feind von gestern sich bereits wie ein Verbündeter aufführt und daß er sehr schnell ein Gegenspieler werden könnte und womöglich sogar der Meister“³³. Selbst wenn Frankreich gedrängt wird, sich an die Spitze der europäischen Einigung zu stellen, ist es „doch nicht weniger instinktiv geneigt, gegenüber Deutschland eine Politik der Rückversicherung zu betreiben“³⁴. Selbst für Pierre de Leusse, der eine Einbindung Deutschlands in eine europäische Union voll und ganz befürwortet, ist diese Union nicht ohne Gefahr, denn Deutschland könnte „in diesem Europa eine Stellung einnehmen, die ihm die Hegemonie verschafft, nach der es immer getrachtet hat“³⁵. Trotzdem sei diese Integration der Gefahr vorzuziehen, die von „einem starken, mächtigen Deutschland außerhalb des europäischen Rahmens ausgehen würde“. Im übrigen sei es möglich, sich gegen eine deutsche Hegemoniestellung zu schützen, indem man „zwischen dem britischen und dem französischen Volk innerhalb der europäischen Union“ eine enge Assoziation bildet³⁶. Es bereite Mißtrauen – aber auch Hoffnung – zu sehen, wie Deutschland Frankreich dazu drängt, in Europa die erste Geige zu spielen. Selbst wenn eine in der französischen Zone durchgeführte Umfrage zeigt, daß 17% der befragten Deutschen meinen, die moralische Führung Europas stehe Großbritannien zu (gegen 14% für Frankreich)³⁷, nimmt die französische Diplomatie diese Aussagen selbstgefällig so auf, als sprächen sie sich zugunsten der französischen Vorherrschaft aus. Karl Arnold, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und ein eifriger Befürworter einer europäischen Konföderation, bestätigt, daß es Frankreich zukomme, die Initiative in die Hand zu nehmen³⁸. Die deutschen Vertreter, die an einer Kundgebung für französisch-deutsche Annäherung in der Nähe von Wiesbaden teilnehmen, meinen, Frankreich müsse sich zum Sprecher der europäischen Einigung machen und die Leitung einer Konföderation übernehmen, nachdem es das französisch-deutsche Problem eine Lösung zugeführt habe³⁹.

³² Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 27. 10. 1948, AE, Allemagne, Bd. 39.

³³ Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 30. 11. 1948, AE, Généralités, Bd. 11.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Leitung Europaabteilung, 4. 1. 1949, AE, Allemagne, Bd. 41.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Wie Anm. 30.

³⁸ Frz. Generalkonsul in Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 10. 8. 1948, AE, Allemagne, Bd. 83.

³⁹ Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 19. 10. 1948, AE, Allemagne, Bd. 39. Auf dieser Tagung, die vom Rektor der Universität Tübingen, Geiler (ehem. hessischer Ministerpräsident), geleitet wurde, waren auch z. B. die Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden anwesend.

Alle französischen Beobachter scheinen gleichfalls von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, daß man schnell handeln müsse. Die Zeit des Zauderns sei vorbei; es gelte, energisch voranzuschreiten. Die Deutschen erwarten eine französische Initiative, welche die Bildung einer europäischen Konföderation verkündet; man müsse die Gelegenheit „schnell ergreifen, schon in einem Jahr wird es zu spät sein“⁴⁰. Man müsse „diese letzte Gelegenheit sehr schnell“ wahrnehmen, solange „die Bereitschaft besteht, Europa von Frankreich organisieren zu lassen, dessen europäische Mission allgemein anerkannt bleibt“⁴¹. So lautet auch der Rat der Leitung der Europaabteilung: Es gelte, schnell zu handeln, wenn man wolle, daß das Projekt Gestalt annimmt, denn „es geht um die Sicherheit Frankreichs“⁴². Die Zeit drängt. Die politische Organisation Europas muß vorbereitet werden, bevor Westdeutschland seine eigene Regierung bildet, denn „ein Deutschland, das wieder eine Regierungszentrale besitzt, wird wahrscheinlich wieder seinen eigenen Weg einschlagen“⁴³. Frankreich müsse Deutschland auf den Pfad der europäischen Einigung führen, ehe der Nachbar „seine Souveränität wiedererlangt und aufs neue das Gewicht seiner nationalistischen Traditionen spüren läßt“⁴⁴. Dem Ruf der Deutschen müsse man schnell Folge leisten, denn „diese Einladung Deutschlands wird sich zweifellos für lange Zeit nicht wiederholen; und wenn wir uns nicht an die Spitze Europas stellen, was sie uns heute zuerkennen, werden sie die Führung bald selbst beanspruchen“⁴⁵.

Die Notwendigkeit, schnell zu handeln, die ausführlich begründet wird, hat gewiß das Ihre beigetragen, daß Robert Schuman und die französische Regierung solche Eile zeigten und die Verhandlungen über die Bildung einer europäischen Union zu beschleunigen suchten⁴⁶. Zahlreiche Quellen belegen, daß die Vereinigten Staaten in die gleiche Richtung drängten, wiewohl die englische Labour-Regierung eher versuchte, die französischen Vorstöße zu bremsen⁴⁷.

Wenn die Debatten um die Bildung einer europäischen Union das Vorfeld des diplomatischen Ringens bilden, so spielt doch der Faktor Europa auch bei der Regelung der Ruhr-Frage eine unübersehbare Rolle. Für Frankreich, das sich entschlossen für den europäischen Einigungsprozeß einsetzt, kommt das schwierige Problem reichlich unpassend zur Sprache⁴⁸. Dies führt zu schweren Spannungen und zu einem Aufflak-

⁴⁰ Jean Laloy, Frankfurt/M., 30.8.1948, AE, Généralités, Bd.10, Protokoll eines Gesprächs mit E. Kogon, dem Generalsekretär der deutschen Vereinigungen für die europäische Union.

⁴¹ Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium, 7.9.1948, darin kommentiert er die oben erwähnte Mitteilung von Laloy (Anm. 41), AE, Généralités, Bd.10.

⁴² Aufzeichnung, 23.10.1948, AE, Généralités, Bd.11.

⁴³ Leitung Europaabteilung, 5.10.1948, AE, Allemagne, Bd.39.

⁴⁴ Leitung Europaabteilung, 29.12.1948, AE, Allemagne, Bd.40.

⁴⁵ Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium, 19.10.1948, AE, Allemagne, Bd.39.

⁴⁶ Wie Anm. 19.

⁴⁷ Wie Anm. 19.

⁴⁸ Dies betrifft das Eigentum an den Bergwerken, eine Frage, die der Erlaß Nr.75 (vom 10.11.1948) der Militärgouverneure in der Bizone wieder hochgebracht hatte (vgl. die in Anm.10 und 11 genannten Aufsätze).

kern des Mißtrauens in Frankreich, und zwar zugleich gegen Deutschland wie gegen die Politik der anglo-amerikanischen Mächte. Aber man beginnt auf beiden Seiten des Rheines zu sehen, daß eine europäische Lösung die Möglichkeit bietet, diesen Zankapfel zu beseitigen. Bereits im Verlauf der Londoner Gespräche hatten die Vereinigten Staaten vorgeschlagen, daß die internationale Ruhr-Kontrollbehörde ihre Aufsicht auch über das lothringische Erzbecken erstrecken solle, aber Frankreich weigerte sich, diesen Vorschlag überhaupt zu erörtern⁴⁹. Kurz nach der Londoner Konferenz gewann diese Idee jedoch an Boden. Walter Menzel, der nordrhein-westfälische Innenminister, stellte fest: „Hätte man die zur Kontrolle der Ruhr getroffenen Maßnahmen . . . als einen ersten Schritt in Richtung Europäisierung der Rohstoffe vorgestellt, dann wären sie . . . von der öffentlichen Meinung in Deutschland besser verstanden worden.“⁵⁰ Die deutschen Ministerpräsidenten erklären sich bereit, die Internationalisierung der Ruhr anzuerkennen, unter der Bedingung, daß auch die anderen Bergbaugebiete im Westen der gleichen Aufsicht unterstellt werden⁵¹. Karl Arnold, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, ist völlig im Einvernehmen mit Gérard Jouve und Paul Devinat, daß man das Interesse unterstreichen müsse, welches „eine europäische Organisation vermittelt, . . . deren Aufgabe es ist, alle wichtigen Rohstoffvorkommen Europas – Kohle, Eisen sowie Energie in all ihren Erscheinungsformen – zu kontrollieren“⁵². Aber die Krise, welche die Frage nach dem Eigentum an den Minen im November 1948 verursacht, hat die Hoffnungen der Deutschen gerade gedämpft. Auch auf französischer Seite ruft sie Reaktionen hervor, Reaktionen, die den föderalistisch gesinnten Europäern, vor allem den deutschen Delegierten des römischen Kongresses, unverständlich vorkommen⁵³. Man glaubt, der französische Einspruch werde in Deutschland vielleicht besser verstanden, wenn man ihm das Ziel gebe, „die Möglichkeiten einer künftigen wirtschaftlichen Einigung Europas zu bewahren“⁵⁴. Trotz aller Widrigkeiten gewinnt diese Idee neue Kraft, und die Leitung der französischen Europaabteilung spricht von der Möglichkeit, zusammen mit Deutschland „einen Pool für den europäischen Stahl einzurichten, in dem Deutsche und Franzosen gleichberechtigt nebeneinandersitzen und gemeinsam die Kontrolle der europäischen Stahlproduktion ausüben“⁵⁵. Diese Lösung, „kühn und gefährlich“ wie sie ist, gelte es gleichwohl zu versuchen, denn „noch sind wir

⁴⁹ Nach der Note von Gary vom 30. 11. 1948 (zit. in Anm. 14).

⁵⁰ Tarbé de Saint-Hardouin an Außenministerium (Bidault), 11. 6. 1948, *Allemagne*, Bd. 39.

⁵¹ So Gary am 30. 11. 1948 (vgl. Anm. 14).

⁵² Paul Devinat, Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, und Géraud Jouve, Abgeordneter, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, begegneten Karl Arnold in Düsseldorf (Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 10. 8. 1948, *AE, Allemagne*, Bd. 83).

⁵³ Allgemeines Kommissariat für deutsche und österreichische Angelegenheiten, 1. 12. 1948, *AE, Allemagne*, Bd. 40. Nach Kogon, Spiecker, Doerpinghaus (CDU/CSU) versuchte die französische Delegation unter Leitung von F. Mitterrand, den französischen Standpunkt durchzusetzen.

⁵⁴ Tarbé de Saint-Hardouin an Schuman, 2. 12. 1948, *AE, Allemagne*, Bd. 40. Nach einem Gespräch von Laboulaye, einem Mitarbeiter von Tarbé de Saint-Hardouin, mit Kogon, Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“.

⁵⁵ Leitung der Europaabteilung, 13. 12. 1948, *AE, Z. Europe, Allemagne*, Bd. 40.

die stärkeren, noch können wir Deutschland eine Lösung dieser Art vorschlagen, in der wir den Vorsitz führen⁵⁶. Der Weizen beginnt also sogar in den Büros des Außenministeriums zu blühen, obschon die Sprache Robert Schumans sehr fest bleibt⁵⁷.

All diese Gedanken über eine europäische Lösung des deutschen Fragenkomplexes reifen heran, während Robert Schuman sich bemüht, die Verhandlungen über die Gründung einer europäischen Union voranzutreiben. Welchen Platz will man Deutschland in dieser Union geben? Welchen der Saar? Lassen die Debatten französische Hintergedanken erkennen?

Als er feststellt, daß das französische Projekt der Einigung Westeuropas aufgrund britischer Einwände in London vor sich hinschlummert, empfiehlt Pierre de Leusse, erneut die Initiative zu ergreifen und die Vereinigung aller interessierten Staaten Europas vorzuschlagen⁵⁸. Er hat vor, alle Länder Westdeutschlands einzuladen und jedem europäischen Land eine bestimmte Anzahl von Stimmen zu geben, die seiner Bevölkerungszahl proportional entspricht. Sein Vorschlag ist offenbar nicht ohne Hintergedanken, denn er erblickt darin „einen letzten französischen Versuch, die Wiedererstehung eines zentralisierten Reiches zu verhindern“⁵⁹.

Natürlich denken Robert Schuman und seine Mitarbeiter über den Beitritt Deutschlands zu einer Versammlung der europäischen Union nach. Sie halten es für notwendig, die Zulassung der einzelnen Länder sorgfältig zu erklären, um bei den Briten und Amerikanern jedes Mißverständnis auszuräumen und auch um damit die Kritiker auf der äußersten französischen Linken zu entwaffnen⁶⁰. Wie sie die Dinge sehen, dürfen die Deutschen unter keinen Umständen fehlen oder durch die Besatzungsmächte vertreten werden, folglich müssen die Länder eine „wahrhaft freie und legitimierte“ Repräsentation besitzen, was jeden Argwohn vermeiden hilft, auch den der Sowjetunion⁶¹. Sie wollen auch den provisorischen Charakter dieser Einrichtung hervorheben, welche „dem Übergang vom gegenwärtigen Zustand Deutschlands zu seinem künftigen dient“. Sie meinen, alle Nationen müßten der Anwesenheit Deutschlands hohe Wichtigkeit beimessen, denn seine Gegenwart werde für den Frieden und die Ordnung in Europa eine wesentliche Stütze darstellen. Mithin werden 30 Sitze für Deutschland reserviert, also ebensoviele wie für Frankreich oder

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Diese Festigkeit brachte Robert Schuman vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am 24. 11. 1948 deutlich zum Ausdruck. In der Krisenstimmung, verursacht von dem neuerlichen Anschneiden der Ruhr-Frage, kann der Minister keine andere Haltung zeigen. Die Abgeordneten schienen noch nicht bereit zu sein, P.H. Teitgen zu folgen, der sich wünschte, das Problem werde unter einem europäischen Blickwinkel angeschnitten, und der eine „Europäisierung der Ruhr“ verlangte, nicht eine Internationalisierung.

⁵⁸ Leitung Europaabteilung, klassif. 24. 11. 1948, AE, Allemagne, Bd. 40.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ 30. 11. 1948, AE, Généralités, Bd. 11.

⁶¹ Ebenda.

Großbritannien, und man schlägt vor, diese Sitze an die Länder proportional zu ihrer Einwohnerzahl zu verteilen⁶². Der Bericht der Studienkommission für die europäische Einigung sieht die Teilnahme Westdeutschlands vor, aber keineswegs für die nahe Zukunft, erst nach dem Eintritt der skandinavischen Länder und Italiens, was in Paris erneut Ängste hervorruft, weil man dort Deutschland zu Europa heranzuführen möchte, ehe es seine Souveränität wiedererlangt hat⁶³. Aber Deutschland kann in diesem Gremium erst repräsentiert werden, nachdem es auf internationaler Ebene seine volle Souveränität wiedererlangt hat. In der Zwischenzeit, so glaubt man im Quai d'Orsay, stelle sich einer Teilnahme deutscher Vertreter an der Konsultativversammlung nichts entgegen. Aber wer soll diese Delegierten bestimmen? Es scheint unmöglich, Ländervertretungen zu ernennen, ohne daß sich die Zentralinstanz einschaltet, denn hier stellt sich das Bonner Grundgesetz entgegen. Paris wird also pessimistisch, was die Möglichkeit anlangt, daß die Bundesländer sich unmittelbar selber vertreten⁶⁴. Was die Zahl der Sitze angeht, hält die Studienkommission für Deutschland nicht 25 bis 30 bereit, wie man für die Großmächte vorgesehen hat, sondern nur 23, das heißt ebenso viele wie für die Benelux-Staaten⁶⁵. Auf jeden Fall scheint es notwendig, eine Übergangsregelung zu finden, denn „*allem Anschein nach ist es nicht möglich, Deutschland innerhalb dieser Union gleich von Anfang an die gleiche Stellung einzuräumen wie Frankreich oder Großbritannien*“⁶⁶.

In diesem Zusammenhang kommt man in Frankreich nicht drum herum, sich Gedanken über die Teilnahme der Saar zu machen. Seit Ende August 1948 setzt sich Gilbert Grandval, der französische Hochkommissar an der Saar, für eine eigene Vertretung der Saar ein, um deren Stimme unabhängig von der französischen Delegation vernehmen zu lassen⁶⁷. Im Quai d'Orsay glaubt man Anfang Oktober 1948, diese Frage sei noch nicht reif⁶⁸, aber Grandval kommt darauf zurück und besteht darauf, weil er in der von ihm vorgeschlagenen Lösung ein Mittel erblickt, einen Beitrag zur Stärkung der Saar als einer eigenen politischen Einheit zu leisten⁶⁹. Es gelingt ihm schließlich, die Leitung der Europaabteilung zu überzeugen, die die Auffassung vertritt, man müsse der Saar drei Sitze bereithalten und ihr also die gleiche Repräsentation geben wie Luxemburg⁷⁰.

So erscheint im Lauf des zweiten Halbjahres 1948, während der von der französischen Diplomatie begonnene Prozeß, eine europäische Union zu gründen, sich an

⁶² Ebenda. NRW mit 12 Mio. Einwohnern soll 4 Sitze erhalten, Bayern, mit 9 Mio., gleichfalls 4; Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Württemberg-Baden usw. je 3 Sitze.

⁶³ Leitung Europaabteilung, 29. 12. 1948, AE, *Allemagne*, Bd. 40.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Leitung Europaabteilung, 4. 1. 1949, AE, *Généralités*, Bd. 12.

⁶⁷ Grandval an Schuman, 30. 8. und 28. 9. 1948, AE, *Généralités*, Bd. 10.

⁶⁸ Außenministerium an Grandval, 9. 10. 1948, AE, *Généralités*, Bd. 10.

⁶⁹ Grandval an Außenministerium, 18. 12. 1948, AE, *Généralités*, Bd. 12.

⁷⁰ Leitung Europaabteilung, 29. 12. 1948 (wie Anm. 63).

dem englischen Hindernis stößt, der Faktor Europa als ein wichtiges Element in der französischen Deutschlandpolitik⁷¹. Im Lauf der ersten Monate 1949 – während die Verhandlungen wiederaufgenommen werden, die mit der Entscheidung enden, den Europarat zu gründen – lenken zwei Fragen die Aufmerksamkeit der französischen Diplomatie erneut auf sich: der Eintritt Deutschlands und der Saar in diese neue Organisation; und die Suche nach einer europäischen Lösung für die Regelung des Ruhr-Problems.

Am 3. Mai 1949 entscheiden die drei Westmächte in London, Westdeutschland in die künftigen europäischen Institutionen aufzunehmen, sobald sich in Bonn eine Regierung gebildet hat. Diese Entscheidung entspricht voll und ganz der französischen Sehweise; am Vorabend der Konferenz erinnert Robert Schuman bei einem Empfang für Journalisten daran, daß die Zulassung Deutschlands erst stattfinden könne, wenn die politische Reorganisation des Landes ein gewisses Niveau erreicht habe⁷². Anfang Juli meint er, daß Deutschland nicht Mitglied des Rates werden könne, solange es nicht im Besitz der vollen Souveränitätsrechte sei; der Zusammentritt der Bundesregierung, der für Ende September vorgesehen war, ermächtigte Deutschland nur dazu, assoziiertes Mitglied zu werden⁷³.

Das Problem der Zulassung der Saar, eine viel heiklere Frage, wurde von französischen Verantwortlichen mehrmals erörtert. Zunächst bemühte sich das Außenministerium, diese Frage nicht zum Gegenstand internationaler Verhandlungen werden zu lassen. Nach seiner Meinung befragt, erklärt der Rechtsberater des Quai d'Orsay, daß die Saar kein Staat sei und nicht die Qualität besitze, dem Europarat beizutreten⁷⁴. In seinen Augen würde Frankreich, das den Auftrag habe, die Saar im Ausland zu vertreten, diesen Grundsatz schwer beeinträchtigen, wenn es die Saar in den Rat aufnehme. Er halte es mithin für weniger gefährlich, einen Saarbewohner in die französische Delegation aufzunehmen. Die Leitung der Europaabteilung nimmt in einem langen Memorandum diesen Gedanken auf und fügt von sich aus noch hinzu, wie riskant es sei, wenn die Mitgliedsstaaten des Rates den Aufnahmeantrag der Saar Frankreich zum Vorwurf machen könnten, denn dies hieße, „die politische Loslösung dieser Region gegenüber Deutschland zu sanktionieren“⁷⁵. Aber die Verfasser der Aufzeichnung gehen noch ein beträchtliches Stück weiter: Sie unterstreichen die Vorteile, die eine eigene Repräsentation der Saar nach sich zöge, und empfehlen eine radikale Wende der französischen Politik. Dies hat zur Folge, daß es zu einem langen Prozeß des Nachdenkens kommt, und zwar über die Notwendigkeit, „die vollständige Befreiung (émancipation) der Saar“ ins Auge zu fassen. Eine eigene Vertretung der Saar hätte den Vorteil, die Verantwortlichen an der Saar zu befriedigen; statt sich beziehtigen lassen zu müssen, mit den Siegermächten zu paktieren, „erscheinen sie dann

⁷¹ Wie Anm. 19.

⁷² Außenministerium, Presse- und Informationsdienst, 4. 5. 1949.

⁷³ Erklärung vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Conseil de la République, 6. 7. 1949.

⁷⁴ Bericht von Prof. Gros, 17. 2. 1949, AE, Généralités, Bd. 13.

⁷⁵ 25. 3. 1949, AE, Généralités, Bd. 13.

als Vorläufer“, die „ihren deutschen Brüdern auf dem Weg der freien Teilnahme an der neuen Organisation Europas vorausgeeilt“ seien. Man glaubt sogar, daß eine derartige internationale Stärkung der Saar auf die öffentliche Meinung in Deutschland und auf die Weltmeinung heilsame Wirkungen zeitigen könnte, auch auf den Heiligen Stuhl, der sich sodann vielleicht dazu entschliesse, den Klerus an der Saar der Aufsicht des Bischofs von Trier zu entziehen! Trotz der Risiken gelte es, die Gelegenheit beim Schopf zu ergreifen und „unsere Saarpolitik von Grund auf umzustellen“. Die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten, die sich beim Eintritt der Saar in den Europarat stellen, „lassen diese Gelegenheit als einen günstigen Zeitpunkt erscheinen“. Robert Schuman, der der Saarfrage viel Aufmerksamkeit widmet, stimmt dieser Schlußfolgerung zu⁷⁶. Handschriftlich fügt er hinzu: „Es ist undenkbar, daß die Saar sich in einer minderen Position findet als die Bundesländer. Man muß also bei der Entwicklung der beiden Statuten einen gewissen *Parallelismus* beobachten. Welcher Modifikationen muß sich das Saar-Statut unterziehen, um die Saar für die europäische Union ‚aufnehmbar‘ zu machen? Vergessen wir nicht, daß auch Deutschland politisch und wirtschaftlich unter Aufsicht bleibt. Man muß eine Revision des Dekrets vorbereiten, welches den Aufgabenbereich der Hochkommissare bestimmt.“ Robert Schuman bleibt sehr vorsichtig. Am Vorabend der Londoner Konferenz gibt er sich damit zufrieden, festzustellen, daß die Frage nach der Zulassung der Saar noch nicht gestellt worden sei, daß sie aber zur Sprache kommen wird⁷⁷. Doch das Abschlußkommuniqué enthält keinen Hinweis auf die Saar, was Saarbrücken beunruhigt und auch Gilbert Grandval, dem diese Frage, wie er sagt, nachgeht⁷⁸. Robert Schuman schaltet sich ein, um die Regionalpolitiker an der Saar zu beruhigen. Er erinnert daran, daß das Statut des Europarates es gestatte, „Territorien als assoziierte Mitglieder aufzunehmen, deren Regierungen nicht dafür in Frage kommen, im Ministerrat vertreten zu sein, was im Falle der Saar zutrifft“⁷⁹. Da es diesem Ministerrat zustehe, sich über Aufnahmegesuche zu äußern, verspricht Robert Schuman, dort „im geeigneten Augenblick die Kandidatur der Saar zur Sprache zu bringen, vielleicht sogar schon vor der Straßburger Sitzung“⁸⁰. Im Quai d’Orsay fragt man sich, wie man das Problem im Komitee der Minister angehen solle, das am 17. und 18. Juni in Luxemburg zusammentritt⁸¹. Paris beschäftigt sich angelegentlich mit der Frage, welche Haltung wohl Ernest Bevin zeigen wird, dessen Einwilligung es zu bekommen gilt, „indem man ihn bemerken läßt, daß die Saar ein assoziiertes Mitglied werden könne“⁸². Man schlägt Robert Schuman sogar vor, seinen englischen Kollegen daran zu erinnern,

⁷⁶ Ebenda; Ergänzungen des Ministers auf der Note vom 25. 3. 1949.

⁷⁷ Pressekonferenz vom 2. 5. 1949 (erwähnt im Kommuniqué des Pressedienstes des Außenministeriums, vgl. Anm. 72).

⁷⁸ Grandval an Außenministerium, 7. 5. 1949, AE, Généralités, Bd. 14.

⁷⁹ Außenministerium an Grandval, 9. 5. 1949, redigiert nach einer persönlichen Aufzeichnung des Ministers, AE, Généralités, Bd. 14.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Leitung Europaabteilung, 3. 6. 1949, AE, Généralités, Bd. 14.

⁸² Ebenda.

daß die Briten die Nationalität der Saar anerkennen, da sie die Saar-Pässe als gültig behandeln und erlauben, daß die Saar dem Geschäftsbereich der englischen Konsuln in Deutschland entzogen ist⁸³. Robert Schuman trägt dies seinen Amtskollegen in Luxemburg vor und läßt dabei erkennen, „welches Interesse die französische Regierung der Aufnahme der Saar in die Konsultativversammlung des Europarates beimißt“; doch verzichtet er auf eine sofortige Antwort⁸⁴. Einige Monate später bestätigt er, er habe „das Prinzip der Zulassung der Saar erreicht ... und damit zugleich die Anerkennung, daß die Saar gegenwärtig de facto von Deutschland getrennt ist“⁸⁵.

Es gibt eine weitere Frage, die zunehmend unter europäischem Blickwinkel behandelt worden zu sein scheint, und das ist das Ruhr-Problem. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß französische Beamte im Quai d'Orsay sehr aufmerksam verfolgten, wie weit die Versuchsballons flogen, die jenseits des Rheines von halbamtlichen Stellen losgelassen wurden. Am 17., 18. und 19. Januar 1949 hielt André Philip in Hagen, Bochum und Dortmund eine Reihe von Vorträgen zu dem Thema „Frankreich und die europäische Wirtschaftsunion“⁸⁶. Der Redner heimste großen Beifall ein, da er das internationale Ruhr-Statut als einen Anfang hinstellte; er hielt es für angebracht, die Lösung der Probleme, welche Kohle und Stahl stellten, in einem größeren Rahmen zu denken, nämlich in dem einer Wirtschaftsunion der europäischen Länder. Am 24. Januar 1949 sprach René Lauret, außenpolitischer Redakteur der Tageszeitung „Le Monde“, mit fast den gleichen Worten zu seinen Hörern in Düsseldorf, zu denen auch Karl Arnold und mehrere seiner Minister zählten⁸⁷. Er machte Anspielungen, die einige Ähnlichkeit mit Äußerungen Karl Arnolds hatten. Einige Tage später ließ André François-Poncet, den Robert Schuman zwei Monate zuvor zum Sonderbeauftragten für Deutschland ernannt hatte, vor deutschen Journalisten in Freiburg i. Br. die gleichen Bemerkungen fallen⁸⁸. Für ihn war die Einrichtung einer internationalen Behörde zur Kontrolle der Ruhr nur ein erster Schritt zur Gründung eines europäischen Kohle- und Stahl-Konsortiums. Es versteht sich, daß die Reaktion der deutschen Presse – für Schuman gleichsam das „feed-back“ – den französischen Außenminister nur ermutigen konnte, auf diesem Weg weiterzugehen. Aber der Minister übersah nicht, daß die Frage ein sehr heikler Punkt blieb, und er wollte die Dinge nicht übers Knie brechen. Noch im November 1949 macht er den Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten klar, daß diese Idee zwar in der Nationalversammlung Beifall finde, doch handle es sich bloß um eine Idee (und noch nicht

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Außenministerium an London, Brüssel, Luxemburg, Den Haag, 30.6.1949, AE, Généralités, Bd. 14.

⁸⁵ Erklärung vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung, 8.11.1949.

⁸⁶ Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 26. 1. 1949 (2 Depeschen), AE, Allemagne, Bd. 84.

⁸⁷ Generalkonsul Düsseldorf an Tarbé de Saint-Hardouin, 26. 1. 1949 (1. Depesche).

⁸⁸ Text der Erklärung, Freiburg i. Br., 31. 1. 1949, AE, Allemagne, Bd. 84, Blatt 40.

um ein festumrissenes Projekt), welche allerdings nicht nur von der französischen Regierung vorgebracht worden sei⁸⁹.

Vielleicht sollte man abschließend Robert Schuman persönlich zu Wort kommen lassen. Als er sich am 19. Mai 1949 bezüglich der Gründung des Europarates an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wandte, erklärte er: „... daß der Tag, wo sich das deutsche Problem in seinem ganzen Ausmaß darstellte, der Augenblick war, den Rahmen zu errichten, der uns dazu dienen muß, Deutschland zu integrieren. Das ist, meiner Meinung nach, die beste und einzige Lösung, Deutschland in eine sichere Politik einzuspannen ... Dies war für mich der beherrschende Gedanke ... Wenn man bei der Lösung des deutschen Problems nicht wieder die alten Fehler machen will, gibt es nur eine Lösung, und das ist die europäische Lösung.“ Diese Worte machen deutlich, welche Rolle der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik des Ministers spielte; sie erklären auch, warum er die Verhandlungen, die zur Gründung des Europarates führten, so eilig zu einem Ende bringen wollte, selbst wenn es dazu etlicher Zugeständnisse bedurfte, um das Einvernehmen der beteiligten Staaten zu gewinnen.

⁸⁹ 8. 11. 1949. Robert Schuman wurde von Louis Martin heftig angegriffen.